

HAITI /DOMINIKANISCHE REPUBLIK

HAITI KANN OHNE DIE FRAUEN NICHT AUFGEBAUT WERDEN

HAITIANERINNEN IN DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK SIND MEHRFACH DISKRIMINIERT: ALS FRAUEN, AUF GRUND IHRER ARMUT UND IHRER HERKUNFT. DIE FRAUENRECHTSAKTIVISTIN SONIA PIERRE KÄMPFT MIT IHRER ORGANISATION MUDHA FÜR DEREN RECHTE UND ARBEITET AUCH IN DEN ZELTLAGERN HAITIS.



SONIA PIERRE NAHM AN DER FRAUEN-DEMO AM 19. MÄRZ IN WIEN TEIL UND FREUTE SICH SICHTLICH ÜBER DIE SOLIDARITÄTSTRANSARENTE VON AMNESTY

WIDE (Women in Development Europe) lud die Menschenrechtsaktivistin Sonia Pierre aus der Dominikanischen Republik nach Österreich ein und organisierte eine Veranstaltung gemeinsam mit den KooperationspartnerInnen Amnesty International - Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen und Netzwerk Frauenrechte, CARE Österreich, Frauensolidarität, Grüne Bildungswerkstatt und das Österreichische Museum für Volkskunde. Sonia Pierre bei der Podiumsdiskussion und im Gespräch mit dem Publikum:

Was ist seit der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking passiert?

Sonia Pierre: Für die Frauen aus der Karibik waren ein eigenes Frauenministerium sowie die nach eigenen Machträumen zentrale Forderungen. Wir wollten 25 Prozent der Machträume für Frauen. Das ist nicht viel, angesichts der Tatsache, dass wir Frauen mehr als 50 Prozent der Bevölkerung stellen. Aber wir haben nur 25 Prozent gefordert, weil es das ist, was uns nach jahrzehntelangen Verhandlungen

angeboten wurde. Wir haben auch zahlreiche Rückschläge erlebt. Durch die neue Verfassung in der Dominikanischen Republik wurden die Rechte von Frauen beschnitten. Früher unterstützte der Gesetzgeber die Frauenrechte, aber mittlerweile änderte die Regierung ihre Meinung, weil ihr sonst die Kirche ihre Unterstützung verweigert hätte.

Eine Verschlechterung betrifft den therapeutischen Schwangerschaftsabbruch, der in der Dominikanischen Republik nun verboten wurde. Dies ist umso tragischer, da es zahlreiche junge Mädchen gibt, die in Folge von sexueller Gewalt schwanger wurden.

Schwierig ist und bleibt die Situation der haitianischen Minderheit in der Dominikanischen Republik. Diskriminierende Gesetze betreffen auch die Kinder der EinwanderInnen, selbst wenn sie in der Dominikanischen Republik geboren wurden. Die Regierung versucht, der haitianischen Minderheit die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Dies ist so, als würde unser Leben annulliert. Wir kämpfen um das Recht als Rechtssubjekte anerkannt zu werden.

Wie sieht die Umsetzung der Millennium Development Ziele, z. B. beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, in der Dominikanischen Republik aus?

Die Bildungssituation ist sehr schlecht. Teile des Landes sind ohne Schulen. Der Mindestlohn für die LehrerInnen ist zu niedrig, um davon leben zu können. Wir kämpfen seit zwei Jahrzehnten gegen Sexismus in der Bildung, z. B. in Form der Darstellung in den Lehrbüchern und gegen die Diskriminierung von Mädchen, die in den Klassenzimmern stattfindet. MUDHA fordert, dass 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Bildung gewid-

met sein sollten. Um unseren Forderungen Ausdruck zu verleihen, sind wir drei Monate lang auf die Straße gegangen. Dann wurde das Budget beschlossen, ohne dass auf unsere Forderung eingegangen worden wäre. Das Bildungsbudget beträgt nun 2,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Für Mädchen auf dem Land ist die Situation prekär, da es auf den Schulwegen immer wieder zu sexuellen Übergriffen kommt. In Folge von Vergewaltigung auf dem Schulweg werden junge Mädchen schwanger und fallen infolgedessen aus dem Schulsystem. Andere Mädchen gehen nicht in die Schule, weil sie Angst vor den Übergriffen auf dem Schulweg haben.

Hier gilt es, die Polizei, die RichterInnen, die Staatsanwaltschaft dafür zu sensibilisieren. Wir wollen eine Anwaltschaft für Gewalt gegen Frauen. Dies haben wir bislang nicht erreicht. Die Situation für die Kinder der haitianischen Minderheit ist nochmals eine eigene. Sie sind in keinem Regierungsplan enthalten und haben keinen Zugang zu den staatlichen Schulen. Somit müssen sie in eigene Schulen gehen, die von der Kirche, diversen NGOs etc. betrieben werden.

Um für den Besuch einer höher bildenden Schule berechtigt zu sein, müssen die Kinder der haitianischen Minderheit eine Prüfung ablegen. Dafür müssen sie die Geburtsurkunde vorlegen, die aber manche von ihnen nicht haben – womit sie von der Prüfung und somit den Bildungseinrichtungen ausgeschlossen sind.

Beim Zugang zu Bildung sind Mädchen benachteiligt: Tendenziell werden eher Buben in die Schulen geschickt und in den Klassenzimmern setzt sich die Diskriminierung fort.

Was für Strategien gegen Diskriminierung gegen Frauen wurden entwickelt? Wo wird Unterstützung benötigt?

Die Gesetzgebung sieht vor, dass Straftaten gegen Frauen verfolgt werden müssen. Aber in der Umsetzung krankt es. Zum Beispiel ist ein Strafausmaß von zehn bis zwölf Jahren bei Gewalt gegen Frauen, z.B. bei Vergewalti-

Sonia Pierre, Tochter von WanderarbeiterInnen aus Haiti, wurde in der Dominikanischen Republik geboren. Schon früh setzte sie sich für Menschenrechte ein: Im Alter von 13 Jahren wurde sie Sprecherin von ZuckerrohrarbeiterInnen. Seither ist sie aktiv für MigrantInnen aus Haiti in der Dominikanischen Republik. Sie ist Gründerin und Leiterin der Frauenorganisation „Mujeres Dominicano-Haitianas“ (MUDHA), die für die Rechte haitianischer MigrantInnen erster, zweiter und dritter Generation in der Dominikanischen Republik kämpft. Dabei steht der Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten im Mittelpunkt. Sonia Pierre hat an der Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien und der letzten Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking teilgenommen und für ihre Arbeit mehrere Menschenrechtspreise erhalten. U.a. wurde sie 2003 mit dem Amnesty-Menschenrechtspreis und 2010 von US-Außenministerin Hillary Clinton und First Lady Michele Obama 2010 mit dem „International Women of Courage“-Preis ausgezeichnet.

gung, mit Todesfolge vorgesehen. In der Realität kommen die Täter nach zwei Jahren wieder frei – und sie werden zu Wiederholungstätern. Der Staat setzt hier ein schlechtes Zeichen. Die Richterschaft und die Staatsanwaltschaft muss noch sensibilisiert werden.

Eine Tochter der Miraval-Schwestern ist Abgeordnete im Parlament und unterstützt die Anliegen der Frauen stark.

Frauen in der Dominikanischen Republik sind grundsätzlich politisch sensibilisiert. Dies zeigt sich bei den Wahlen in einer hohen Wahlbeteiligung. Wir sehen auch, dass die Kampagnen, die MUDHA durchführt, vor den Wahlen die höchste Wirkung zeigen.

Kürzlich wurde in der Dominikanischen Republik ein neuer Verfassungsgerichtshof eingerichtet. Wir (Anm.: MUDHA) wollen die ersten sein, die dort einen Fall einreichen. Es wird eine Klage gegen die Untätigkeit der Behörden gegenüber der Gewalt an Frauen betreffen.

Wie sind die Frauen in den Wiederaufbau nach der Erdbebenkatastrophe in Haiti eingebunden?

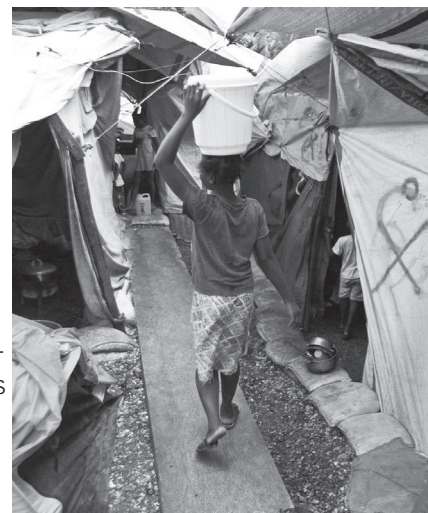
Seitens der Regierung gibt es keinen Plan, und die Frauen sind in den Wiederaufbau nicht systematisch eingebunden.

MUDHA ist schon seit 14 Jahren in Haiti aktiv, mit dem Schwerpunkt auf Unterstützung für Frauen und Kinder. Nach dem Erdbeben waren wir wieder dort.

Ein massives Problem betrifft die sexuelle und physische Gewalt, denen Frauen, Mädchen und Buben in den Camps ausgesetzt sind. Täter sind häufig lebenslänglich verurteilte Straftäter. Seit dem Erdbeben sind zirka 3.000 bis

DIE FRAUEN IN DEN ZELTLAGERN HAITIS HABEN SCHON ALLES VERLOREN UND MÜSSEN NUN NOCH SEXUELLE GEWALT FÜRCHTEN.

©Michael Swan



HAITI /DOMINIKANISCHE REPUBLIK: HAITI KANN OHNE DIE FRAUEN NICHT AUFGEBAUT WERDEN

WERDEN SIE AKTIV!

Sonia Pierre wird seit Jahren massiv bedroht. Man legt ihr blutige Puppen vor die Haustür, droht ihr mit Verbrennen bei lebendigem Leib, mit Vergewaltigung ihrer Tochter. Ihr Sohn wurde verschleppt und schwerst misshandelt. Kurzzeitig musste sie sogar das Land verlassen. Der interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof und Amnesty International verlangten von der Dominikanischen Regierung, für Sonia Pierres Schutz zu sorgen. Diese wollte ihr Polizisten zur Seite stellen. Doch denen traut sie nicht: „Das ist, als liebst du Graf Dracula eine Blutbank bewachen. Ich wollte, dass mir die Regierung Bodyguards zahlt, die ich selber aussuche. Doch sie sagten: Dafür haben wir kein Geld.“

Bitte schicken Sie den Appellbrief zum Schutz

Sonia Pierres ab!

Die Aktion ist noch längere Zeit aktuell.

Dokumentation des Gesprächs: Sabine Vogler, Sprecherin des Amnesty-Netzwerks für verfolgte GewerkschafterInnen

4.000 Kriminelle auf freiem Fuß, da die Justizanstalt eingestürzt ist. Sie halten sich tagsüber versteckt und schleichen nachts in die Lager. Trotz der Militärs gibt es dort keine Sicherheit für die Frauen. Die Zelte, die ohnehin nach zwei bis drei Monaten kaputt sind, können leicht aufgeschlitzt werden. Elektrisches Licht gibt es nicht.

Die Frauen sagen „Wenn die Nacht beginnt, beginnt der Albtraum.“ Vermutlich wurden über 90 Prozent der Frauen in den Lagern vergewaltigt, manche Frauen mehrmals pro Nacht. Die Frauen haben auch Angst um ihre Töchter, die ebenfalls davon betroffen sind. Die Frauen schweigen – aus Scham. In den Camps gibt es viele alleinerziehende Mütter. Täter sind auch die Militärs, die im Gegenzug für Essen Gefälligkeiten der Frauen fordern. Allgemein wird nicht beachtet, dass die Frauen schwere seelische Wunden davon tragen. Zuerst muss die Gewalt beendet werden, dann kann der Wiederaufbau erfolgen. Frauen sind nicht in den Wiederaufbau eingebunden. Einige NGOs arbeiten nun daran, spezifisch Frauen zu unterstützen. In den Camps haben die Männer das Sagen. Vor dem Erdbeben waren die Frauen die Ernährerinnen der Familie, die mit informeller Arbeit die Existenz gesichert haben, während die Männer zu Hause gesessen sind.

Welche Möglichkeiten bietet der Interamerikanische Gerichtshof?

Wir haben immer wieder Fälle dort anhängig. Wir haben einen Fall gewonnen, bei dem es um die Aberkennung der Staatsbürgerschaft von zwei Kindern der haitianischen Minderheit der 2. und 3. Generation ging. Von neun Jahren begann das Verfahren, und vor fünf Jahren sprach der Gerichtshof das Urteil zu unseren Gunsten aus. Doch die dominikanische Republik hat es noch immer nicht umgesetzt. Die Massendeportationen von Menschen der haitianischen Minderheit aus der Dominikanischen Minderheit gibt es seit vielen Jahren.

Warum wird kein Druck der internationalen Gemeinschaft auf die Regierung aufgebaut?

Wir machen darauf aufmerksam, dass es DominikanerInnen sind, die hier abgeschoben werden. Es ist unverständlich, warum die Regierung so reagiert. In neun von zehn Familien in der Dominikanischen Republik lebt mindestens eine Person im Ausland. Und dennoch ist die Regierung so unsensibel.

Amnesty International hat viele Berichte dazu erstellt – darum ist Amnesty auch in der Dominikanischen Republik nicht gut angesehen. Die Regierung reagiert darauf mit der Aussage, dass dies eine Einmischung „in innere Angelegenheiten“ sei. Uns hat Amnesty immer wieder geholfen. Wenn etwas Schlimmes bevorstand, z. B. eine Kampagne zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft, haben wir uns an Amnesty gewandt, und sie haben eine Urgent Action gestartet.

Wie viele Menschen in der Dominikanischen Republik sind haitianischer Abstammung?

Offiziell 800.000, aber wenn die Regierung Unruhe schüren will, sagt sie: 1,5 bis 2 Millionen. Jedenfalls 10 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Wie arbeitet MUDHA in Haiti?

Wir wollten nur einige Monate in Haiti bleiben. Uns war wichtig, Frauen vor Ort zu finden, die diese Aufgabe übernehmen und das ist uns auch gelungen. Wir haben von Anfang an in Miragoâne gearbeitet, weil hier weniger Unterstützung geleistet wurde, da sich die NGOs auf Port-au-Prince konzentrierten. Mittlerweile sind einige NGOs in die Region gekommen. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf Gewaltprävention, um die Camps sicher zu machen. Es wurde versucht, elektrisches Licht zu bekommen, und Wohnhäuser für die Frauen zu bauen. Die Frauen wurden mit Trillerpfeifen ausgestattet, um bei Gefahr Warnpfeife abzugeben. Ganz wichtig war es auch, das Vertrauen der Frauen aufzubauen, damit sie über die Vergewaltigungen sprechen können. Es ist aber klar, dass wir von MUDHA – wie auch andere NGOs – nur helfen können. Die haitianische Regierung hat die Verantwortung, die sie aber nicht übernommen hat. Sie überlässt alles der internationalen Gemeinschaft.